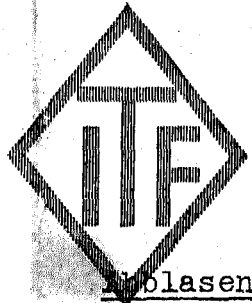


FASCHISMUS

4. Jahrgang
No. 6

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER
ARBEITERSCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 21. März 1936



Hitler fürchtet die deutschen Arbeiter!

Abblasen der "Vertrauensräte-Wahlen" im Dritten Reich.

Die auf den 3. und 4. April angesetzten Abstimmungen über die "Vertrauensräte" wurden abgesagt. Die Amtszeit der "Vertrauensmänner" wurde um ein Jahr verlängert.

(ITF) Das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" schreibt vor, dass in jedem Jahr in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten eine Liste zur Abstimmung gestellt wird, aus der die stimmberechtigten Arbeiter und Angestellten die ihnen nicht genehmen Kandidaten streichen dürfen. Die Liste wird vom Unternehmer im Einvernehmen mit dem Vertreter der Arbeitsfront aufgestellt. Gegenlisten sind nicht gestattet. Gegenpropaganda, auch nur gegen einzelne Kandidaten, ist verboten. Offiziell ist die Abstimmung geheim, aber in den beiden letzten Jahren wurden die Arbeiter terrorisiert und bei der Abstimmung kontrolliert. Dann jeder Arbeitsfront-Walter und fast jeder auf öffentliche Aufträge angewiesene Unternehmer wollten für ihren Betrieb ein möglichst günstiges Ergebnis melden. Mit ausserordentlicher Tapferkeit aber haben trotzdem zahllose Arbeiter die Gelegenheit benutzt, gegen die nationalsozialistische Sozialreaktion zu demonstrieren. Die Arbeitsfront hat daher in den beiden letzten Jahren die wirklichen Abstimmungsergebnisse unterdrückt und, wo immer möglich, nur verfälschte Zahlen veröffentlichten lassen. "Das Ergebnis" der ersten Abstimmungen 1934 war nach der Behauptung der Nationalsozialisten "eine überwältigende Mehrheit für die Listen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO)" (Völkischer Beobachter vom 26. März 1935). Aber in seinem Aufruf zum 1. Mai 1935 musste Dr. Ley zugeben, dass sich bei den "Vertrauensräte-Abstimmungen" im Jahre 1934 "kaum 40% an der Wahl beteiligten" ("Angriff", Tageszeitung der Arbeitsfront vom 30. April 1935). 60% der deutschen Arbeiter und Angestellten hatten 1934 die Abstimmungen sabotiert. Das Ergebnis der Abstimmung hat Dr. Ley bis heute nicht genannt. Man kann also annehmen, dass 1934 3/4 der deutschen Arbeiter und Angestellten gegen die nationalsozialistische Sozialreaktion demonstrieren.

1935 gelang es den Nationalsozialisten, durch verschärften Druck eine stärkere Beteiligung an den Abstimmungen zu erzwingen. Wieder berichteten sie von einem "überwältigenden Bekenntnis" der Arbeiter zum Dritten Reich. Die Berichterstatter der illegalen Betriebsorganisationen und die der sozialistischen Gruppen konnten jedoch in zahlreichen Betrieben die Abstimmungsergebnisse in Erfahrung bringen, ~~das~~ Möglichkeit dazu bestand, da die Arbeiter bei der Abstimmung in überwiegender Mehrheit gegen die nationalsozialistische Sozialreaktion demonstriert hatten. In diesem Jahre hatte die deutsche Arbeitsfront, um die Berichterstattung der illegalen Betriebsorganisationen zu erschweren, besondere

vertrauliche Anweisungen zur Unterdrückung der Wahrheit an ihre Amtswalter ergoßen lassen! Den Unternehmern (1) wurde vorgeschrieben: die Abstimmungsergebnisse auf einem besonderen Meldebogen innerhalb "24 Stunden an die zuständige Kreisverwaltung, die, wenn notwendig; diese Frist angemessen verlängern kann, einzureichen... Die Kreiswahlleitung stellt aus den Betriebsmeldungen die Kreismeldung an den Gau (der Arbeitsfront) zusammen und sendet diese mit allen Originalbetriebsmeldungen an den Gau ein. Die Kreiswälder sind dafür verantwortlich, dass weder von der Betriebs- noch von der Kreisdienststelle der Deutschen Arbeitsfront Abschriften der Betriebsmeldungen gemacht werden". Die Gauverwaltung der Arbeitsfront sollte dann die Geheim-Berichte nach Berlin weiterleiten.

"Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses an die Gefolgschaft (Belegschaft, Red.) durch Anschlag im Betrieb darf nach dem Arbeitsordnungsgesetz nur die Feststellung enthalten, wer von den Kandidaten gewählt und wer abgelehnt ist! Die auf den einzelnen Kandidaten entfallende Stimmenzahl darf nicht veröffentlicht werden."

"Die Unterrichtung der Presse über Einzelergebnisse durch die Betriebsführer und die Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront ist nicht gestattet."

Nur "die Gauverwaltungen sind berechtigt, nach Angabe ihrer Gesamtmeldungen an die Reichswahlleitung das G e s a m t ergebnis ihres Gaus an die Gaupresse weiterzugeben". Es sollte dem Ermessen der Reichswahlleitung vorbehalten bleiben, ob und welche Einzelergebnisse veröffentlicht werden.

Die Leitung der Arbeitsfront hoffte, durch diese Anordnungen jede Kontrolle der "amtlichen" Ergebnisse unmöglich zu machen und vor allem ausserhalb der Grenzen des Dritten Reiches mit "Siegesmeldungen" bluffen zu können. Die Geheime Staatspolizei nahm zur "Wahlvorbereitung" Massenverhaftungen vor.

Die Abstimmungen in den Betrieben sollten unter der Parole "Fett oder Erz" durchgeführt werden: "Verzichtet auf Fett, damit Erz für Kanonen eingeführt werden kann"; die Nationalsozialisten wollten erproben, ob die deutsche Arbeiterschaft "kriegsfest" ist. Allmählich aber liefen bei der Leitung der Arbeitsfront Berichte über die wirkliche Stimmung der Arbeiter ein. Gleichzeitig stellte die Arbeitsfront fest, dass die Armee Vorbereitungen getroffen hatte, um wenigstens aus den Rüstungsbetrieben korrekte Abstimmungsergebnisse zu erfahren. Die Leitung der Arbeitsfront fürchtete, dass die Armee die schwache Position der Arbeitsfront in den Betrieben erkennen könnte und feststellen würde, dass die Arbeiter den Frieden wollen. Vor allem aber fürchtete das Propagandaministerium das gesteigerte Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft nach einer weiteren Niederlage der Nationalsozialisten in den Betrieben. Kurzerhand wurden deshalb die durch nationalsozialistisches Gesetz vorgeschriebenen Abstimmungen abgesagt. Die Probe auf die "Kriegsfestigkeit" der Arbeiter wurde nicht gewagt.

Das Abblasen der Abstimmungen wurde mit der "Reichstagswahl" vom 29. März begründet. Am 29. März wurde die Arbeiterschaft sich für Hitler erklären, ein einmaliges Votum genüge. Eine leere Ausrede! Die "Wahlen" vom 29. März sind kein Ersatz für die Abstimmungen in den Betrieben. Bei den Betriebsabstimmungen hätte es -- soweit der Terror es gestattete -- "legale" Demonstrationsmöglichkeiten gegeben: das Durchstreichen der nationalsozialistischen Kandidaten, mit der Begründung, dass ihnen die vom Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vorgeschriebenen "vorbildlichen menschlichen Eigenschaften" fehlten. Bei den "Wahlen" zum Scheinparlament aber gibt es keine "legalen" Demonstrationsmöglichkeiten, bei ihnen kann sich der Terror vollständig auswirken, ihr Ergebnis steht im Voraus fest. Die "Wahlen" zum Scheinparlament zeigen deshalb nur die Stärke des Terrors, die Absage der Abstimmungen in den Betrieben aber zeigt die Schwäche der braunen Diktatur: die Kernschichten der deutschen Arbeiterschaft stehen der nationalsozialistischen Sozialreaktion unversöhnlich gegenüber.

Symptome. (ITF) Die Deutsche Arbeitsfront veröffentlicht verspätet
 ===== in ihren Funktionärblättern den Wortlaut einer Rede, die
 ihr Leiter Dr. Ley am 5. Dezember auf einer Schulungstagung der
 Arbeitsfront in Leipzig gehalten hat. Es ist verständlich, dass die
 Arbeitsfront mit der Veröffentlichung der Rede zögerte und sie auch
 jetzt nur einem kleinen Kreise zugänglich machen will. Denn in
 Leipzig sah sich Dr. Ley gezwungen, den Amtswaltern der Arbeitsfront,
 die ihm wohl nicht mehr unbedingt zuverlässig erscheinen, mit
 Ausschluss aus den nationalsozialistischen Organisationen zu drohen
 und sie auf die Folgen des Ausschlusses aufmerksam zu machen: "Be-
 denke, wenn man dir das Braunhemd ausziehen würde! Dann wirst du
 vernichtet sein, zum mindesten du, der du ein ehrlicher Nazi warst.
 Dein Leben ist hin. Aber es ist notwendig, dass man sich das einmal
 klar macht. Wir haben eine unerhört grosse Macht in den Händen...
 das bedenke! Danach richte dein Handeln ein". ("Anordnungen für
 die DAF-Walter des Gauos Hamburg" Nr. 4.)

Die Leitung der Arbeitsfront ist sich darüber klar, dass eines
 Tages die Arbeiter versuchen könnten, die Arbeitsfront aus einem
 Reklambüro zu einer Arbeitervertretung umzugestalten. Ley drohte
 für diesen Fall mit Auflösung der Arbeitsfront: "Es könnte sein, dass
 sich hier (in der Arbeitsfront) wieder neue Fraktionen bilden, dass
 sich hier wieder Verbände bilden, Interessensvertretungen. Das wäre
 alles möglich. Dann muss die Partei erklären: "Ich löse dich auf,
 du bist nicht mehr nach meinem Willen, du bist falsch. Ich löse
 dich auf. Nein, die Arbeitsfront ist nur ein Hilfsorgan der Partei".

Dass derartige Drohungen ausgesprochen werden müssen, ist ein
 Zeichen für die Stärke der Spannungen im Dritten Reich.

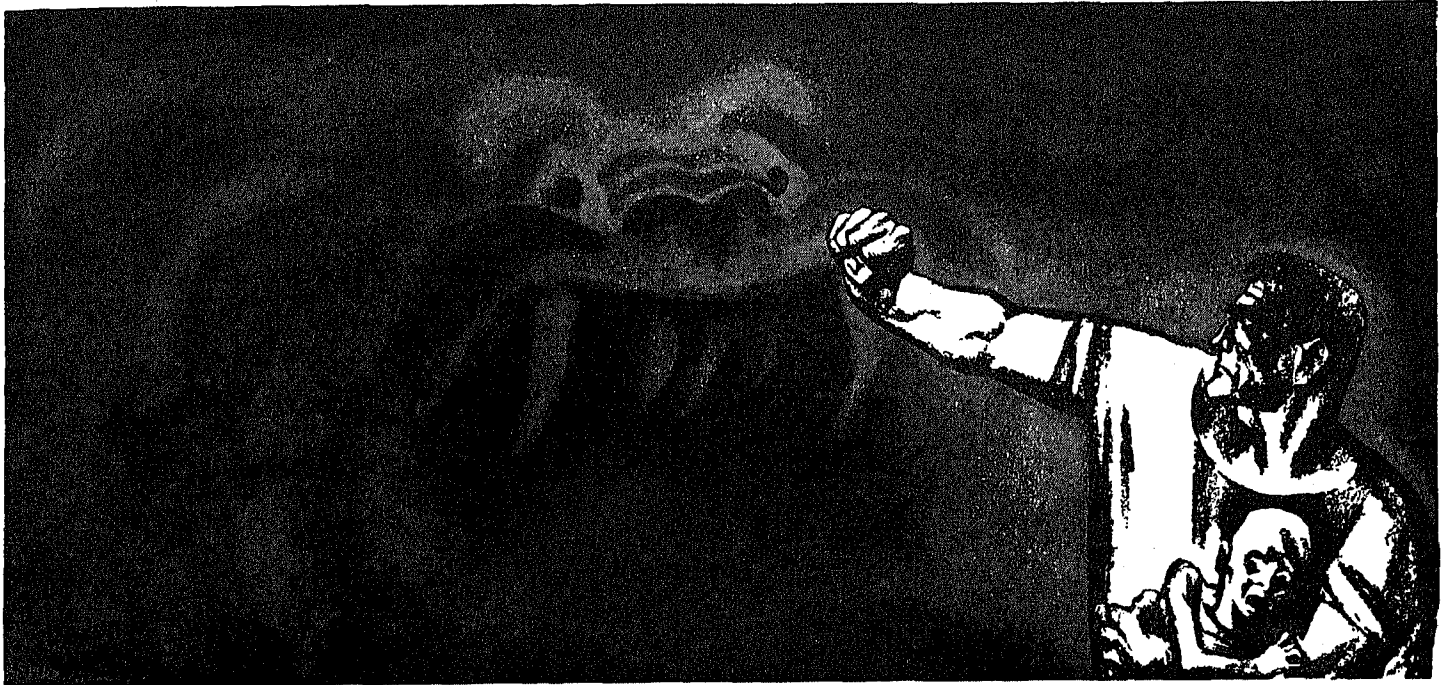
Gutsbesitzer Robert Ley. (ITF) Der Herr Dr. Robert Ley befand sich
 ===== bis zum Beginn des Dritten Reiches in
 Geldschwierigkeiten; nicht weniger als dreimal hat er den Offenba-
 rungseid geleistet. Als Leiter der Arbeitsfront hat er sich aus
 den den deutschen Arbeitern und Angestellten abgepressten Beiträgen
 die seinen Bedürfnissen entsprechenden Bezüge gesichert, heute zählt
 er zu den Neureichen des Dritten Reiches. Da man in einflussreichen
 Kreisen Hitlerdeutschlands mit einer plötzlichen Abwertung der Mark
 rechnet, versucht Ley, sein Gold in Sachwerten anzulegen und da
 im Dritten Reich wieder wie im wilhelminischen Kaiserreich die adli-
 gen Gutsbesitzer und Offiziere tonangebend sind, hat er sich in
 Waldbrühl bei Köln jetzt das ca. 600 Morgen grosse Gut Rottland ge-
 kauft (Kölnische Zeitung, 21.II.36). Der Kaufpreis wird uns mit
 300.000 RM angegeben.

Feststellungen. (ITF) Tarife stehen nur auf dem Papier: "Es ist in
 ===== grossem Masse Tarifübertretung festzustellen"
 (Dr. Ley auf der Leipziger Messe am 3. März 1936.) "Wiederholte
 Beobachtungen haben gezeigt, dass bei einer Anzahl von Betrieben die
 geltenden Tarifordnungen nicht hinreichend beachtet werden" ("Amtli-
 che Mitteilungen" des "Treuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsge-
 biet Niedersachsen", März 1936).

Die Gewerkschaften sind zerschlagen, aber die Arbeitgeberverbände
bestehen weiter. "Wir übernahmen 46 Arbeitgeberverbände. Mit einigen
 sind wir heute noch nicht ganz klar" (Dr. Ley in Leipzig, am 5.
 Dezember 1935).

Selbst die Nazibehörden misstrauen der korrupten Arbeitsfront: "Einige
 Meckerer, ja sogar einige Behördenstellen möchten heute noch nach-
 rechnen, wo unsere Beiträge bleiben -- ja, man stelle sich vor,
 jetzt hat sogar einer dieser Herren an mich das Ansinnen gerichtet,
 man möchte, um dem Bergmann zu helfen, dem Bergmann für einige Zeit
 die Beiträge zur Arbeitsfront erlassen. Ich habe geantwortet: man
 täte dann viel besser, ihm die Kirchensteuer zu erlassen. Denn
 erstens einmal seien unsere Beiträge viel geringer und zweitens
 leisteten wir viel mehr."

Es ist an sich zu lächerlich, als dass man darauf eingehen
 kann" (Dr. Ley in Leipzig am 5. Dezember 1935).

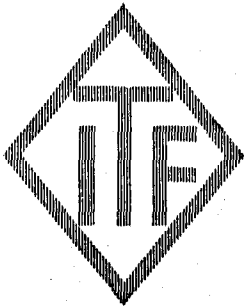


FASCHISMUS

1. Jahrgang
No. 6

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER
ARBEITERSCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 21. März 1936.



Was Hitler wirklich will. (ITF) Der Gaupropagandaleiter
===== der niederrheinischen N.S.D.A.P.
Hermann Brouwers, hat am 28. Februar in einer Rede in
Krefeld (nach dem parteiamtlichen Bericht der Krefelder
Presse) den nationalsozialistischen Lehrern in Krefeld
Hitlers wirkliche Absichten erläutert:

Hunger: "Wie Hunger gestillt wird, ist gleichgültig, sei es mit
oder ohne Butter. In jedem Jahre müssen wir auf etwas verzichten
lernen, damit wir nicht wieder so satt werden wie vor dem Kriege!"

-- und Krieg: Wichtigste (!) Aufgabe des Erziehers ist es nicht
zuletzt, der Jugend wieder beizubringen, dass sie anständig sterben
kann."

Krefeld liegt in der bisher entmilitarisierten Zone!

Kriegsdrohungen gegen Europa. -- Krieg gegen das eigene Volk. (ITF)
=====

In den Wochen vor dem Einmarsch der Truppen in die entmilitarisier-
te Zone wurde der Terror gegen die deutsche Arbeiterschaft noch
weiter verschärft. In Baden, im Rheinland, in Westfalen, im ganzen
Reich wurden erneut Tausende ehemals in den freien oder christlichen
Gewerkschaften organisierte Arbeiter verhaftet. Zahlreiche der
Verhafteten wurden gefoltert, viele ermordet. Im Untersuchungsge-
fängnis der Geheimen Staatspolizei in Recklinghausen wurde Georg
Reiler, der frühere Bezirksleiter des freigewerkschaftlichen Nah-
rungs- und Genussmittelarbeiterverbandes zu Tode gefoltert. Er
wurde am 6. März unter grosser Beteiligung der Arbeiter auf dem
Nordfriedhof in Köln beigesetzt.

Einige Wochen vorher war in Sachsen der frühere Bezirksleiter
des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes Arthur Schille
ermordet worden.

Ständige Kriegsgefahr! (ITF) Am 7. März 1930 haben der Internatio-
===== nale Gewerkschaftsbund und die Sozialisti-
sche Arbeiter-Internationale in einer gemeinsamen Tagung festge-
stellt: "Die Mächte, die den Friedensvertrag von Versailles unter-
zeichnet und Deutschland die darin enthaltenen Abrüstungsbestimmun-
gen aufgezwungen haben, sind zugleich die feierliche Verpflichtung
eingegangen, die allgemeine Abrüstung folgen zu lassen. Diese Ver-
pflichtung ist bis jetzt keineswegs erfüllt worden."

Seit Beendigung des Weltkrieges, seit 1919 haben die Arbeiterorganisationen für die allgemeine Abrüstung gekämpft. Es ist ihnen nicht gelungen, ihre Forderung durchzusetzen. Der Bruch der Abrüstungsversprechen durch die bürgerlichen Regierungen der Siegerstaaten hat mit die Grundlage für die deutsche nationalistische Bewegung geschaffen, aus der die nationalsozialistische Partei erwuchs.

Der Vertrag von Locarno war kein Ersatz für die nicht durchgeführte Abrüstung. Aber er war wenigstens durch die Garantie der Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien eine dürftige Sicherung des Friedens in Westeuropa. In diesem Vertrag hat das Deutsche Reich sich freiwillig verpflichtet, die 50 km breite entmilitarisierte Zone längs des Rhein zu respektieren. Zu diesem Locarno-Vertrag hat sich Hitler wiederholt feierlich bekannt. Am 7. März 1936 aber rückten die dem Oberbefehl Hitlers unterstellten Truppen in die entmilitarisierte Zone ein.

Am bisherigen Zustand hat dieser Einmarsch wenig geändert. Die militarisierte Landespolizei, die militärisch geschulten Arbeitsdienst-Kontingente, der militärisch ausgebildete Bahnschutz und Postschutz, die "Technische Nothilfe", die motorisierten Detachements der Feldjäger und die Formationen der N.S.D.A.P. (SA, SS, NS-Kraftfahrerkorps) und der Werksscharen der Arbeitsfront betrugten in der entmilitarisierten Zone ein Vielfaches der Truppen, die am 7. März einmarschierten. Die Westmächte hatten diese stille Militarisierung der "entmilitarisierten" Zone schweigend geduldet. Doch mit dem Einmarsch hat der Nationalsozialismus einen von ihm feierlich anerkannten Vertrag offen wie einen Fetzen Papier beiseitegeschoben und damit gewissen Ländern die Illusion, dass der Nationalsozialismus, der dem eigenen Volke jedes Versprechen gebrochen hat, dem Auslande Abmachungen halten würde, grausam zerstört. Auch dem Naivsten wurde gezeigt, was gerade erst Mussolini der Welt demonstriert hatte: die Diktaturen flüchten aus ihren inneren Schwierigkeiten in den Krieg!

Der Nationalsozialismus hat nur einen einzigen Gedanken konsequent verfolgt: Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Er hat im Frieden die gesamte Wirtschaft als Kriegswirtschaft organisiert, er hat die Betriebe militarisiert, er zwingt die Massen, für Kanonen und Bombenflugzeuge zu hungern; statt notwendigster Lebensmittel werden Rüstungsrohstoffe eingeführt, statt Fett, Fleisch und Eier -- Nickel Kupfer und Vanadium. Bezahlt wird die Aufrüstung mit dem Elend der Massen: Zehntausenden Erwerbslosen wurde die Unterstützung entzogen, Zwangsarbeiter müssen zu Hungerlöhnen arbeiten, Millionen Reichsmark werden als "freiwillige" Abgaben den Massen abgepresst. Doch damit allein liess sich die Aufstellung der stärksten Armee des europäischen Kontinents nicht finanzieren. Die Diktatur aber wagte nicht, die Rüstungsgewinnler und die Besitzenden zur Bezahlung der Aufrüstung zu zwingen. Sie schob die Entscheidung, wer schliesslich die riesigen Kosten der deutschen Aufrüstung zahlen sollte, immer wieder hinaus und finanzierte den grössten Teil der Aufrüstung mit kurzfristigen Krediten, in der Hoffnung, diese später durch langfristige Anleihen konsolidieren zu können. Da aber die inneren Anleihen nur durch Beschlagnahme der Spargelder und des Vermögens der Sozialversicherungsinstitute und -versicherungen untergebracht werden konnten, stand das Dritte Reich schon im Herbst 1935 vor der Frage: Abstoppen der Aufrüstung oder Steuererhöhung zur weiteren Finanzierung der Kriegsvorbereitung.

Eine Zeitlang hoffte das Regime auf Auslandsanleihen. Englische und französische Bankiers sollten dem Dritten Reich durch Anleihen den Bau von Flugzeugen ermöglichen, die dazu bestimmt sind, London und Paris mit Giftgas und Brandbomben zu zerstören. Als diese Verhandlungen Ende November zunächst scheiterten, schwankte das Regime, wurden bedeutende Rüstungsaufträge zurückgezogen. Doch schon seit Anfang Dezember wird im alten Tempo weitergerüstet. Die Diktatur hat sich entschlossen, einen Teil der Aufrüstung durch Steuern zu bezahlen.

Hinter den Kulissen ging seit Wochen der Kampf um die Frage, wer die neuen Lasten tragen soll. Jetzt scheint die Entscheidung, wie nicht anders zu erwarten war, gefallen zu sein: Neue Massensteuern und nur "symbolische" Belastung der Vermögenden. Die Aufrüstungsgewinne werden nicht angetastet.

Zum 1. Mai 1936 hatte die Deutsche Arbeitsfront den Arbeitern die Verwirklichung des "gerechten Lohnes" versprochen. Statt dessen wird der Reallohn, der durch eine etwa 20%ige Teuerung und durch zahllose Abzüge empfindlich gekürzt wurde, wird das Einkommen des Mittelstandes und der Bauern durch neue Rüstungssteuern weiter verringert werden. Die nationalsozialistische Diktatur fühlte sich gezwungen, vor Verkündung der neuen Massenbelastung zu zeigen, dass die erhungerten Kanonen auch eingesetzt werden, dass weiteres Hungern für weitere Aufrüstung lohnt. Der Donner der Flugzeugmotoren, der Lärm der Militärkapellen soll das Knurren des Magens übertönen. In erster Linie

deshalb erfolgte unter dem Druck des Propagandaministeriums am 7. März der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone. Dieser Einmarsch war ein Spiel mit dem Feuer. Hitler riskierte ihn um innerdeutsche Widerstände zu brechen, um durch aussenpolitisches Auftrumpfen die enttäuschten Kleinbürger von den rebellierenden Arbeitern zu trennen. Regierte in Paris und in London ein Unverantwortlicher wie Hitler oder Mussolini, so stünde Europa heute in Flammen; es ist nicht Hitlers Verdienst, dass der Frieden erhalten blieb. Noch konnte der Krieg vermieden werden. Aber die Kriegsgefahr ist geblieben. Wachsen die inneren Schwierigkeiten im Dritten Reich weiter, so wird der Nationalsozialismus mit der gleichen verbrecherischen Leichtfertigkeit, mit der Mussolini in Abessinien einfiel, einen Krieg entfesseln. Die entstehenden Festungen am Rhein werden ihm den Handstreich erleichtern. Solange die Diktatoren regieren, bedroht ihre Flucht aus dem Zusammenbruch in den Krieg den Frieden Europas. Hitler ist eine Gefahr für den Frieden. Schritt für Schritt bereitet er den Weltbrand vor. Die Stunde erfordert kompromisslosen Kampf aller Arbeitenden gegen die faschistische Kriegsgefahr, gegen die Diktaturen und gegen die Regierungen, die die Diktatoren unterstützen.

Die tapfersten der deutschen Arbeiter kämpfen gegen die Hitlerdiktatur, für ihre Freiheit und für den Frieden. Es ist Pflicht, diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

Nur der Sturz der Diktatoren sichert den Frieden der Welt.

Die Hungerpeitsche. (ITF) Die Geheime Staatspolizei kann jederzeit ~~=====~~ jeden Deutschen in "Schutzhaft" nehmen. Ein Rechtsmittel gegen die ~~Maßnahmen~~ der Gestapo gibt es nicht, das Dritte Reich ist ein Staat der Willkür. Jetzt hat ein Landesarbeitsgericht sogar noch entschieden, dass Arbeiter und Angestellte, die in Schutzhaft genommen wurden, auch wenn ihnen keine strafbare Tat nachgewiesen werden kann, fristlos entlassen werden können. Die spätere Einstellung des Strafverfahrens ändere nichts an der Berechtigung des Betriebsführers, wegen der Schutzhaft die fristlose Entlassung auszusprechen... Schutzhaft könne schon für sich allein einen wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung bilden; sie werde es regelmäßig dann sein, wenn sie voraussichtlich längere Zeit dauere". (Urteil des Landesarbeitsgerichts Frankfurt, Frankfurter Zeitung, 14. März 1936.). -- Die Geheime Staatspolizei kann jeden Missliebigen zur Dauererwerbslosigkeit verurteilen.

Lohn und Dividende. (ITF) Die österreichische Arbeiterschaft ist in ~~=====~~ Bewegung geraten. Trotz aller Versuche der faschistischen Einheitsgewerkschaft ist es in Wien und in der Provinz zu zum Teil erfolgreichen Streiks gekommen. Die Bewegungen in der Provinz wurden in kleineren Betrieben geführt, die grosse Lohnbewegung der Arbeiter der Autofabriken Austro-Fiat und Saurerwerke aber hat symptomatische Bedeutung für den ganzen christlichen Ständestaat gewonnen. Bei den Verhandlungen, bei denen die Vertreter der Industriellen und die den Arbeitern aufgezwungenen Sekretäre der faschistischen Einheitsgewerkschaft einander gegenüber sass, hatten die Industriellen schroff alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt. "Die Sprecher der Unternehmer glauben, aus den unglückseligen Februarereignissen des Jahres 1934 (der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Red.) gewisse wirtschaftliche Vorteile ziehen zu können", erklärte ein Teilnehmer der Besprechung, der Vertreter der Saurerwerke auf der Konferenz der faschistischen Metallarbeiterorganisation am 28. Februar. Auf dieser Konferenz versuchte der Staatssekretär für Arbeiterfragen, der gelbe Heimwehler Znidaric, die Arbeiter zu beruhigen. Doch unter dem Druck der Betriebe verteidigten die amant (!) Vertreter der Belegschaften das Recht der Arbeiter auf Streik auch im Ständestaat!

Die Erregung der österreichischen Arbeiterschaft über die Haltung der Industriellen war so stark, dass das Sprachrohr des Wiener Kardinals, die "Reichspost", am folgenden Tage (am 29. Februar) einzulocken schien und sich unter der Überschrift "Lohn und Dividende" das Argument der Arbeiter zu eigen machte: die für Staatsaufträge arbeitenden Industriezweige müssten die Löhne erhöhen." In den Kreisen der Arbeiterschaft geht die Rede um, dass diese und jene Industrie in günstigerer Lage sei und mehr Gewinn abwerfe, als es nach den Bilanzen den Anschein hat, und dass daher diese Unternehmungen entweder höhere Löhne genehmigen oder die Preise für ihre Erzeugnisse zum Nutzen der Allgemeinheit und dadurch auch der Arbeiterschaft selbst herabsetzen sollten.

Solche Vermutungen sind keineswegs immer blosses Gerede". Man dürfe sich, fährt die "Reichspost" fort, nicht durch das Armutstheater der Industriellen täuschen lassen. Es gibt grosse und mittlere Fabriksbetriebe, die eine sehr befriedigende Rentabilität aufzuweisen haben und die trotzdem -- schon aus optischen Gründen -- keine Dividenden verteilen". Das Blatt führt als Beispiel ein Unternehmen an, das in vier Jahren 37 Millionen Schilling verdiente "und trotzdem seit 1931 keine Dividende mehr bezahlt. Dieser Fall... steht nicht ganz vereinzelt da". Die Grossaktionäre "halten die nicht zur Majoritätsgruppe gehörenden Aktionäre möglichst kurz", ohne dabei aber sich selbst zu vergessen. "Schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise war es vielfach üblich, dass sich die Grossaktionäre, die gleichzeitig im Verwaltungsrat sasson, für niedrige Dividenden durch desto höhere Tantiemen und sonstige Einnahmen schadlos hielten. Diese Übung scheint mittlerweile (im christlichen Ständestaat! Red.) an Ausdehnung gewonnen zu haben... In den Jahren 1929 und 1930 war das Gefühl der Entrüstung allgemein, als man erfuhr, dass einzelne verkrachte Bankdirektoren ein Dutzend Verwaltungsratsposten und mehr gleichzeitig inne hatten. Damals wurde es offensichtlich, dass diese Postenhäufung weniger der Kontrolle als vielmehr der persönlichen Bereicherung diene. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat man dann eine Zeit lang auch etwas mehr Mass gehalten... Heute (im christlichen Ständestaat! Red.) hält man aber im grossen ganzen wieder dort, wo man im Jahre 1929 gewesen ist. Sonst wäre es nicht möglich, dass ein einziger Funktionär 11mal den Posten eines Präsidenten, 5mal den Posten eines Vizepräsidenten und 15mal den Posten eines Verwaltungsrats bekleidet... Es wäre irrig zu meinen, diese Dinge seien den Arbeitnehmern ganz unbekannt geblieben".

Am 5. März erklärte sich die "Reichspost" im Leitartikel plötzlich strikte gegen jede Lohnerhöhung und unterstrich, dass das "Ziel" der Wirtschaftspolitik der Diktatur die "Rentabilität der Unternehmungen" sei. Die christliche Diktatur hat sich auf die Seite der Dividende gegen die Löhne gestellt.

Schuschnigg greift ein. (ITF) Als bei den grossen Wiener Autofabriken ===== Austro-Fiat und Saurerwerken die Arbeiter eine 15%ige Lohnerhöhung forderten, versuchte die faschistische Einheitsgewerkschaft zunächst, die ganze Bewegung im Sande verlaufen zu lassen, doch die Arbeiter zwangen die faschistische Organisation zur Aufnahme ihrer Forderungen. Die Unternehmer aber lehnten brüsk jede Verhandlung über Lohnerhöhung ab. Unter Führung der faschistischen Einheitsgewerkschaft begaben sich deshalb Vertrauensmänner beider Autofabriken zum österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg. Der Kanzler erklärte der Delegation, die Forderungen der Arbeiter seien berechtigt, und er veranlasste die Industriellen, Verhandlungen mit der Einheitsgewerkschaft anzuberaumen.

Die Industriellen erklärten gleich zu Beginn der Verhandlungen, dass sie auf keinen Fall der Lohnforderung Rechnung tragen würden. Es handle sich gar nicht um einen Wunsch der Arbeiter der beiden Betriebe, sondern um eine Machenschaft der Illegalen. Überdies seien die gegenwärtigen Löhne sozial gerechtfertigt.

Die Einheitsgewerkschaft wollte sich mit dieser Ablohnung zufriedengeben, aber die Arbeiter verlangten weitere Aktionen und wollten wieder zum Bundeskanzler gehen. Doch der Bundeskanzler war für die Arbeiter nicht mehr zu sprechen. Er liess ihnen mitteilen, dass er sich inzwischen auf Grund einer Information durch den Industriellenbund überzeugt habe, dass die Löhne der Autoarbeiter "sozial gerechtfertigt" seien.

Die Industriellen hatten eingegriffen.
Der "autoritäre" Kanzler parierte.

Hunger in Österreich. (ITF) "Nach den Ergebnissen der letzten Lohn- ===== statistiken hat der österreichische Arbeiter im Durchschnitt einen Wochenlohn von 40 Schilling (hfl. 11,20, schw. Fr. 22,50). Ein Arbeiterhaushalt hat ausser den Ausgaben für die Ernährung eine Reihe anderer notwendiger Ausgaben zu bestreiten, so z. B. Wohnungsmiete, Bekleidung, Gas, elektrisch Licht, Kohle, Holz, Petroleum, Fahrgeld, Krankenkasse, Ausgaben für Seife, Reinigungsmaterial und anderes. Insgesamt ergeben diese Ausgaben nach den Berechnungen der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien für eine Familie mit 2 erwachsenen Personen und 2 Kindern circa 21 Schilling pro Haushalt und Woche. Hierbei ist ein verhältnismässig niedriger Mietzins von bloss 20 Schilling im Monat zugrunde gelegt. Es bleibt also einem solchen Haushalt für Deckung seines Nahrungsmittelbedarfs nicht mehr als 19 Schilling übrig. Mit diesem Betrag aber können

bestenfalls (!) 80% des für die Erhaltung der Gesundheit notwendigen Nahrungsmittelbedarfs gedeckt werden" ("Der Gewerkschafter", Organ der faschistischen Einheitsgewerkschaft, März 1936):

Streik im Ständestaat. (ITF) Den Bergarbeitern in Kirchberg an der Pielach war in den beiden ersten Februarwochen kein Lohn ausgezahlt worden. Die Arbeiter legten am 15. II. die Arbeit nieder. Nach eintägigem Streik hatten sie die Auszahlung des Lohnrückstandes und zugleich Verbesserung des Krankengeldes und Verlängerung der Kündigungsfrist durchgesetzt.

Entrechtete Arbeiter. (ITF) In der Leitung der faschistischen Korporationen Italiens sind offiziell Unternehmer und Arbeiter gleichberechtigt. Doch neben diesen beiden Gruppen und den -- durchweg unternehmerfreundlichen -- Vertretern der faschistischen Partei sitzen noch Sachverständige. Und auf dem Umweg über diese Sachverständigen sicherten sich die Industriellen in den Korporationen die Mehrheit der Sitze der zentralen Körperschaften. Im "Nationalen Rat für Zellulose und Papier" haben sie es so toll getrieben, dass selbst das Blatt der faschistischen Arbeiterorganisationen, Il Lavoro Fascista, protestieren muss: in diesem "Nationalen Rat" sitzen "13 Industriellenvortreter und 3 -- wir sagen drei -- Vertreter der Arbeiter. Wir erklären sofort, dass wir nichts gegen die Zahl der ernannten Industriellen haben. 13 ist eine viel zu sympathische Zahl, als dass sie geändert werden sollte. Aber was keinesfalls geht, ist die geringe Anzahl der Arbeitervertreter" klagt das faschistische Arbeiterblatt (am 4. Jan. 1936). Bis heute ist dieses Verhältnis nicht geändert worden.

In Österreich sind an die Stelle des beseitigten Parlaments beratende Körperschaften getreten, in denen nach dem Prinzip "ständischer Gerechtigkeit" die Arbeitenden ausgeschaltet wurden. "Bekanntlich sind gleich nach der Zusammensetzung der neuen gesetzlichen Körperschaften auf Seite der Angestellten, aber auch der Arbeiter, Proteststimmen laut geworden wegen der schwachen Vertretung dieser Bevölkerungsschichten. Man hat die Arbeiterschaft mit dem Hinweis vertröstet, dass es sich hier nur um ein Provisorium handle, im übrigen versicherte man die Arbeiter einer entsprechenden Korrektur. Eine solche Korrektur ist nun leider nicht vorgenommen worden" (Österreichische Arbeiterzeitung, Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, 29. Februar 1936).

Es bleibt in Österreich bei dieser "ständischen Gerechtigkeit", wie in Italien bei der "korporativen Gleichberechtigung".

In Deutschland ist nicht einmal der Schein einer Arbeitervertretung gewahrt.

An der Saar. (ITF) Nach Feststellung der "Frankfurter Zeitung" (Nr. 125/6 vom 8. März) "ergab der Anschluss an das Niveau der deutschen Lebensmittelpreise (im Saargebiet) unter Berücksichtigung der nicht unterschiedlichen Preislage des hohen Kartoffelverbrauchs vorsichtig (!) geschätzt eine Steigerung des Ernährungsindex von 20%... Ihr folgte eine Steigerung der Löhne von 7 - 15%". Die Erhöhung der Nominallohne wurde zu einem erheblichen Teil durch die neuen "freiwilligen" Abgaben wett gemacht.

Die Kaufkraft der Verdienste sank entsprechend.

Die Würdigsten. (ITF) "Kraft durch Freude", das Reisebüro der Deutschen Arbeitsfront, liess in diesem Jahre nur 4 Schiffe mit Urlaubern nach Madeira fahren. "Die Teilnehmer an den Madeirafahrten wurden einzeln in den Betrieben nach ihrer sozialen Lage und Würdigkeit ausgewählt" ("Angriff", 16. Januar 1936). Über die Würdigkeit entschied die Deutsche Arbeitsfront. Da sie den General Göring, dessen "Würdigkeit" seit der Reichstagsbrandstiftung und dem Wüten der ihm unterstellten Gestapo über jeden Zweifel erhaben ist, zur Fahrt eingeladen hat, ist der Massstab der Arbeitsfront bekannt. Und da General Göring u. a. gleichzeitig Bezieher der Gehälter eines Reichsministers, eines Ministerpräsidenten, eines Reichstagspräsidenten, eines Reichsjägermeisters, eines Generals ist, ist er sicher "auf Grund seiner sozialen Lage" berechtigt, die Freifahrtkarte, die ihm die Deutsche Arbeitsfront auf Kosten der Beitragszahler zur Verfügung gestellt hat, zu benutzen.

Die Arbeitsfront hat den Arbeitern verboten, sich von sich aus bei den Dienststellen der "Nationalsozialistischen Gemeinschaft Kraft durch Freude" zu den Madeirafahrten anzumelden, sie sollten geduldig abwarten, wen Unternehmer und Arbeitsfront auswählten. Die Bedürftigen wählten die Unternehmer aus. Die Leitung der Arbeitsfront bettelte bei den Unternehmern, pro Betrieb einem "Gefolgschaftsmitglied"

das Billett für eine Madeirafahrt zu bezahlen. Eine Reihe Unternehmer, die für öffentliche Aufträge arbeiten, haben der Arbeitsfront den Gefallen getan, die Arbeitsfront revanchierte sich dadurch, dass sie jeden einzelnen Fall als Reklamenotiz durch die Provinzpresse gab. Die Unternehmer belohnten mit diesem Billett Gefügte für ihre Nachgiebigkeit. Da mit den Freiplatzspenden der Unternehmer die Schiffe nicht gefüllt werden konnten, wurde, vor allem in öffentlichen Betrieben, die Arbeiter gezwungen, gemeinsam einem von der Betriebsleitung und der Arbeitsfront ausgewählten eine Madeirafahrt zu bezahlen. Die Arbeiter protestierten so häufig gegen diesen Lohnabzug, dass die erboste Reichsleitung sich in der Tageszeitung der Arbeitsfront (Nr. 48) gegen die Arbeiter wehren musste, die unter Vorschützen nur zu berechtigter "Bedenken über die wirkliche Verwendung" der "freiwilligen" Spenden jeden Zuschuss für den Madeirafonds verweigerten. Weitere Billetts zahlte die Arbeitsfront aus ihrer durch die Verschleuderung zahlreicher ehemaliger Gewerkschaftshäuser wieder aufgefüllten Kasse. Mit diesen Billetts wurden "bedürftige" hochbezahlte Würdenträger wie Göring bedacht.

Die Madeirafahrer machten in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon eine Zwischenlandung. Portugal legt Wert darauf, als katholischer Ständestaat zu gelten. Es ist leider noch nicht bekannt, ob zu den Würdigen, denen die Arbeitsfront Freifahrtkarten vermittelte, auch die Redner gehören, die auf der Reichstagung des Reisebüros Kraft durch Freude am 16. Februar "neuheidnische Propaganda gegen den von Rosenberg zum "Medizinmann in Rom" ernannten Papst führten. Ihnen hätten die Portugiesen sicher einen besonders herzlichen Empfang bereitet.

Die Ersatz-Psychose. (ITF) Ab 1. Februar ist für die Baumwollindustrie ein Beimischungszwang von Ersatzstoffen in Kraft getreten. Das Publikum will von diesen Ersatzstoffen nichts wissen. Die Baumwollindustriellen klagen über die "starke Zurückhaltung der Kundschaft" und den entsprechend zögernden Absatz". Ab 1. März darf nur noch bei Militärbauten echtes Leinöl für Firnis verwandt werden; für den Innenanstrich von Zivilbauten ist Verwendung eines gestreckten Firnis, der die schöne Bezeichnung EL (Ersatzleinöl) trägt, vorgeschrieben. Da dieser Ersatzfirnis wegen seines starken Gehalts an chemischen Lösungsmitteln "nicht voll widerstandsfähig" ist, kann er im Außenanstrich nicht verwandt werden. -- Dieser Ersatzstoff ist überdies noch teurer als der übliche, mit reinem Leinöl hergestellte. Die Malermeister wurden angewiesen, trotz der erhöhten Preise für die Ersatzstoffe nach Möglichkeit auf Preiserhöhung zu verzichten und ihre Kosten, um dies zu ermöglichen, einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Malermeister werden also bald Ersatz-Löhne zahlen.

Auf der Automobilausstellung hat Hitler am 15. Februar mitgeteilt, dass das Dritte Reich sich durch selbsterzeugten künstlichen Kautschuk vom Naturkautschuk unabhängig machen könne. Hitler hat bei dieser Mitteilung nur eine Kleinigkeit vergessen, die Preisfrage. Das Sprachrohr der IG-Farben, des Chemietrusts, bemerkte trocken: der synthetische Kautschuk kann mit Naturkautschuk nur konkurrieren, wenn das Kilo Naturkautschuk 4 RM kostete. Es kostete aber 1935 bei der Einfuhr 68 Pfg. pro Kilo. (Frankfurter Zeitung, Nr. 89/90). Der Naturkautschuk-Ersatz ist also aus wirtschaftlichen Gründen dem Naturkautschuk bis auf weiteres bei weitem unterlegen. Und das gleicht selbst eine Rode des "Führers und Reichskanzlers" nicht aus.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Kraftfahrers "Kraft durch Freude". (ITF) Durch ihre freie Gewerkschaft hatten die Taxi-Chauffeure in Hamburg das Recht auf einen Urlaub bis zu 8 Tagen durchgesetzt. Der nationalsozialistische Lohndiktator, der Treuhänder der Arbeit, hat "in Anbetracht der Notlage des Kraftdroschekengewerbes" (das heisst der Unternehmer) diesen Urlaub verschlechtert und allgemein auf 4 Tage herabgesetzt. Für jeden Urlaubstag wird statt 7 RM (wie selbst noch im Krisenjahr 1932) nur noch 5 RM bezahlt. Dieser Abbau um 28,5% entspricht etwa dem Absinken der Verdienste der Hamburger Chauffeure unter dem nationalsozialistischen Regime, das ihnen eine Verbesserung ihrer Lage versprochen hatte.

Im Sommer 1936 soll in Hamburg ein Weltkongress des nationalsozialistischen Vereins "Kraft durch Freude" stattfinden. Von der während der Kongresswochen erhofften Sonderkonjunktur sollen nur die Taxiunternehmer profitieren, für die Chauffeure hat der Treuhänder ausdrücklich alle von ihm 1935 verordneten Verschlechterungen verlängert.

Ausgenutzte Chauffeure. (ITF) Der soeben veröffentlichte Bericht der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten wirft ein Licht auf die Ursachen der zahlreichen Autounfälle auf den deutschen Landstrassen. Die nationalsozialistischen Beamten müssen sich bitter über die Ausnutzung der Chauffeure im Autolastfernverkehr beklagen. Sie berichten, dass es vorkommt, dass ein Chauffeur in 7 Tagen bei 120 Stunden reiner Arbeitszeit -- also ohne Bereitschaft! -- nur ein einziges Mal ins Bett gehen kann und trotzdem nach Abzug seiner Spesen nur auf einen Stundenverdienst von 25 Pfennigen kommt. Die Nazi-Diktatur, die rücksichtslos jeden aufbegehrenden Arbeiter ins Gefängnis wirft, wagt nicht, gegen die Unternehmer, die die Chauffeure derartig ausnutzen, einzuschreiten.

"Personalvertreter". (ITF) Wie die Machthaber der österreichischen Bundesbahnen die Tätigkeit der von ihnen ernannten und abhängigen "Personalvertreter" einschätzen, zeigt folgen der Erlass des Generaldirektors Schöpfer:

"Nach den uns zugekommenen Berichten der Bundesbahndirektionen werden von den dort errichteten Kreisfachleitungen für ihre Obmänner (Stellvertreter) und Mitglieder Dienst erleichterungen zur Abhaltung von Sprechstunden an bestimmten Wochentagen während der Dienstzeit verlangt. Wir beauftragen Sie, diesen Forderungen der Kreisfachleitungen nicht Rechnung zu tragen....

.... Zugeständnisse, die entgegen obiger Weisung.... bereits gegeben worden sind, sind sofort rückgängig zu machen." (Z.500/26-P-35 vom 5. Dezember 1935).

Lohnkürzung als "Strafe". (ITF) Die österreichische faschistische "Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr" muss feststellen, "dass Unternehmer über Arbeiter, welchen nach Auffassung des Unternehmers irgendwelche Unvorsichtigkeiten oder kleine Fehler in der Arbeit unterlaufen, Geldstrafen verhängen. Diese Geldstrafen werden vom kargen Lohn in Abzug gebracht und fliessen in die Tasche des Unternehmers. Manche Unternehmer sind ununterbrochen auf der Suche, solche Ordnungsstrafen über ihre Arbeiter zu verhängen. Der Grund ist nur zu leicht verständlich. Auf diese Weise glauben die Unternehmer, die kollektivvertraglich festgesetzten oder im Einzelvertrag vereinbarten Löhne wenigstens teilweise durchstechen zu können" ("Der Arbeiter im Handel und Verkehr", März 1936).

Seit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften können sich die österreichischen Unternehmer alles erlauben.